§ 0703a ZPO

- (1) Ist der Antrag des Antragstellers auf den <u>Erlass</u> eines <u>Urkunden</u>-, Wechsel- oder Scheckmahnbescheids gerichtet, so wird der <u>Mahnbescheid</u> als <u>Urkunden-</u>, Wechsel- oder Scheckmahnbescheid bezeichnet.
- (2) Für das Urkunden-, Wechsel- und Scheckmahnverfahren gelten folgende besondere Vorschriften:
 - die Bezeichnung als <u>Urkunden</u>-, Wechsel- oder Scheckmahnbescheid hat die Wirkung, dass die Streitsache, wenn rechtzeitig Widerspruch erhoben wird, im <u>Urkunden</u>-, Wechsel- oder Scheckprozess anhängig wird;
 - 2. die <u>Urkunden</u> sollen in dem Antrag auf <u>Erlass</u> des Mahnbescheids und in dem <u>Mahnbescheid</u> bezeichnet werden; ist die <u>Sache</u> an das Streitgericht abzugeben, so müssen die <u>Urkunden</u> in Urschrift oder in Abschrift der Anspruchsbegründung beigefügt werden;
 - 3. im Mahnverfahren ist nicht zu prüfen, ob die gewählte Prozessart statthaft ist;
 - 4. beschränkt sich der Widerspruch auf den Antrag, dem Beklagten die Ausführung seiner Rechte vorzubehalten, so ist der Vollstreckungsbescheid unter diesem Vorbehalt zu <u>erlassen</u>. Auf das weitere Verfahren ist die Vorschrift des § 600 ZPO entsprechend anzuwenden.